

Verlässliches Miteinander stärken

Die Zusammenarbeit von Staat und NGOs als Stütze der Demokratie

■ HERBERT BEIGLBÖCK

Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern orientiert sich nicht an den „Kalkülen des Marktes“ und kann als (friedlicher) Gegenpol zum Hoheitsanspruch des Staates gesehen werden, beschrieb der französische Adelige Alexis de Tocqueville bereits im 19. Jahrhundert das, was wir als Zivilgesellschaft kennen. Wenn diese Zivilgesellschaft heute die öffentliche Meinungsbildung im Austausch mit dem Staat gestaltet, stärkt das bei den Menschen das Gefühl der Teilhabe und damit die Demokratie. Ein Konzept, das auch in Österreich auf eine lange und erfolgreiche Tradition zurückblickt.

In den letzten Monaten ist hierzulande im Zusammenspiel zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen aber zunehmend ein Stottern wahrzunehmen. Wir als Caritas wissen etwa, dass zumindest ein Drittel der Beschäftigungslosen am regulären Arbeitsmarkt keine Chance hat – zum Beispiel aufgrund von Krankheit oder fortgeschrittenem Alter. Und das, obwohl die Arbeitslosenzahlen dank der guten Wirtschaftslage im ganzen Land sinken. Eine Einschätzung, die wir mit den Verantwortlichen des AMS und anderer Organisationen teilen.

Mittel gekürzt

Trotzdem nimmt die Regierung die anziehende Konjunktur zum Anlass, Mittel für Beschäftigungsprojekte zu kürzen: In einem auch von der Kleinen Zeitung zitierten Papier des AMS heißt es, dass die Förderungen für das Arbeitsmarktservice im nächsten Jahr um 200 bis 400 Millionen Euro niedriger ausfallen könnten. Schon vor einigen Monaten wurde außerdem die „Aktion 20.000“ für arbeitslose Personen über 50 von Schwarz-Blau frühzeitig beendet. In der

Caritas konnte dadurch etwa nur ein Drittel der ursprünglich geplanten 200 Stellen besetzt werden. Unsere Erfahrungen mit den „übriggebliebenen“ 33 bei uns beschäftigten Prozent zeigen aber, wie wichtig geförderte Beschäftigungsprojekte wie die „Aktion 20.000“ für viele Menschen auf ihrem Weg zurück in die Arbeitswelt und in die Mitte der Gesellschaft sind. Es fällt daher schwer zu verstehen, warum Organisationen wie unsere durch diese Sparmaßnahmen voraussichtlich vielen arbeitslosen Menschen nicht mehr dabei werden helfen können, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Zivilgesellschaft überhört

Das ist nur ein Beispiel dafür, dass die Stimme der Zivilgesellschaft immer öfter überhört wird, wenn sie als Störung der harten Regierungslinie gesehen wird. Dies beunruhigt und alarmiert mich. Das Miteinander von Staat und Nichtregierungsorganisationen geschah bisher im Wissen, dass auch die besten Sozialsysteme – und ich halte den österreichischen Sozialstaat nach wie vor für eine Errungenschaft, die wir nicht aufs Spiel setzen dürfen – notwendigerweise Lücken haben. Es gibt Menschen, die der Staat schwer erreicht, es gibt Hemmnisse aufgrund derer Bedürftige die ihnen zustehende staatliche Hilfen nicht annehmen können. Und es gibt den Punkt, an dem Menschen sich so sehr vom Staat entfremden, dass sie schon aufgegeben haben, sich als BürgerInnen zu verstehen.

NGOs gegen soziale Schieflagen

Genau hier werden die Hilfsorganisationen tätig. Durch unsere Arbeit sind wir nahe an den Menschen, erkennen strukturelle Lücken, auch neu entstehende Problemla-



Herbert Beiglböck ist Caritasdirektor in der Diözese Graz-Seckau.

■ Im Zusammenspiel zwischen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen ist zunehmend ein Stottern wahrzunehmen.

gen, sozusagen als soziale Seismographen. Im Austausch mit staatlichen Organen können wir darauf einwirken, dass hier Brücken gebaut und Schief lagen ausgeglichen werden. Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass das Miteinander von öffentlicher Hand und zivilgesellschaftlichen Organisationen politische Vorhaben erst möglich machen. So kam etwa die Idee des Wohnungs-Kautionsfonds in der Steiermark erst erfolgreich auf die Beine, nachdem Volkshilfe und Caritas als Kontaktstelle zu den möglichen InteressentInnen eingebunden wurden. Karitativen Einrichtungen gelingt es darüber hinaus in manchen Fällen nicht nur besser, staatliche Mittel einzusetzen: Durch Spenden und das Engagement von Freiwilligen kann deren Wirkung sogar deutlich erhöht werden.

Vertrauen und Fairness nötig

Als Caritasdirektor spreche ich vom sozialen Bereich; dies gilt aber auch für alle anderen Felder, auf denen zivilgesellschaftliche Organisationen, Religionsgemeinschaften, Vereine und Interessensgruppen tätig sind. Das bewährte Modell der Kooperation von öffentlicher Hand und Zivilgesellschaft braucht gegenseitiges Vertrauen, Fairness und Respekt im Umgang miteinander, sowie verlässliche und berechenbare Rahmenbedingungen, die eine kontinuierliche Zusammenarbeit absichern.

Wenn dieses Vertrauen nun ins Wanken gerät und diese über Jahrzehnte gelebte Übereinkunft partiell oder im Ganzen aufgrund vordergründiger politischer Opportunität in Frage gestellt wird, steht viel auf dem Spiel. Ein solches Vorgehen führt nicht nur zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit und Kompetenz. Es ist auch demokratiegefährdend, denn es wird das Grundprinzip der Beteiligung in Frage gestellt. Demokratie kann nicht nur nach den Kriterien der Effizienz gestaltet werden, es braucht die Zeit und die Geduld, möglichst viele zum Mitdenken und zur Mitarbeit zu motivieren. Und es braucht die Anstrengung, politische Inhalte und Ziele möglichst breit zu vermitteln. Wenn man sich diesen Aufwand ersparen will, führt das

zu tiefer liegenden Problemen, die sich als zerstörerische gesellschaftliche Auswirkungen erst mittelfristig zeigen werden.

Selbstüberschätzung der Politik

Ein Verzicht auf diese Beteiligung weist zumindest auf eine Selbstüberschätzung der politischen Akteure hin. Letztlich zeigt sich dadurch aber auch ein erschreckend autoritäres Denkmuster. Nicht umsonst legte etwa die Europäische Kommission für ihre Dienststellen Mindeststandards fest, die regeln, in welcher Form zivilgesellschaftliche Organisationen konsultiert werden müssen.

Gleichzeitig wird zumindest in Kauf genommen, dass der Spielraum zur Teilhabe am öffentlichen Leben für mehr Menschen enger wird. Der Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, führt in der „Zeit“ aus: „Menschen, die armutsgefährdet sind, haben eine geringere soziale und politische Teilhabe, was das Funktionieren unserer Demokratie gefährdet und dem Wohlstand aller, nicht nur der direkt Betroffenen, schadet.“ (Zeit online, Marcel Fratzscher, 03/2017)

Demokratie, Wohlstand und Frieden nicht selbstverständlich

Bei einer der Gedenkveranstaltungen im Landtag hat Landeshauptmann Schützenhöfer darauf hingewiesen, dass Demokratie, Wohlstand und Frieden keine ungefährdeten Selbstverständlichkeiten sind. Gerade eine zunehmend plurale Gesellschaft braucht das Miteinander ganz unterschiedlicher Einrichtungen und Initiativen. Nur so wird es uns gelingen, unsere Gesellschaft und die staatlichen Einrichtungen so zu verändern, dass sie auch zukünftig einen Beitrag zum guten Leben möglichst vieler Menschen leisten. Dies alles vor dem hoffentlich außer Diskussion gestellten Konsens, dass jeder Mensch, unabhängig von Herkunft, Vermögen und Leistungsfähigkeit, die gleiche Würde und damit verbunden das Recht auf Beteiligung an gesellschaftlichen Vorgängen sowie die Chance auf ein gutes Leben hat. ■